

hellen sich auf die Seite des Unternehmers, gegen den Arbeiterausflug, der nachgeben mußte. Uns ist der Fall nicht bekannt. Wir erinnern uns nur eines Vorkommnisses, bei welchem nicht auswärtige Parteiführer sondern Vorstandsmitglieder einer Genossenschaft, die allerdings lauter erklärte Parteigenossen waren, zur Entscheidung herbeigeführt wurden und in der That ihr Urteil zu Gunsten des Unternehmers abgaben. Es ist damit die berechtigten Forderungen des Arbeiters in erster Linie umzugehen haben aber nicht, ist vorläufig notwendig, die Hauptfrage ist, daß das Beispiel die Hinlänglichkeit der oft gehörten Behauptung erweist, die Partei lehre unter allen Umständen zum Streik. Die Unternehmer würden weit besser schon als jetzt, wenn sie bei ausgebrochenen Differenzen Vertrauensmänner ihrer Arbeiter, heimische oder auswärtige, zu Rate ziehen würden, sei es, daß diejenigen zu einem bestimmten Vorschlage gelangen, sei es, daß sie die Forderungen der Arbeiter im vollen Umfange als berechtigt erklären. Unter allen Umständen würde das unbefangene Urteil fremder, unabhängiger Arbeiter für die Unternehmer nur von Vorteil sein können.

Zum Zollkrieg.

Neun weitere Positionen des Abkommens über die Eisenzölle hat gestern die Kommission erledigt. Der Tarif belegt Nöhren von mehr als 3 Millimeter Wandstärke roh mit 9 M., bearbeitet mit 4 1/2 M., von minderer Wandstärke roh mit 6 M., bearbeitet mit 3 M., Walzen aus nicht schmiedbarem Guß roh mit 3 1/2 M., bearbeitet mit 10 M., und Kunst- und anderen feineren Guß, nicht schmiedbar, mit 24 M. Zoll.

Speck (Zentr.) und Gotthein (Frei.) verlangen zum Teil höhere Zölle.

Wolkenbüchel (Spez.) hat die Hoffnung, daß eine Aenderung bezüglich der Eisenzölle eintreten werde, weil sie in seinem richtigen Verhältnis zu einander ständen. Dasselbe berechtigt sei der Antrag auf Zollfreiheit. Gestern habe man freilich den sozialdemokratischen Mitgliedern vorgehalten, daß die Unternehmer unzufrieden mit deren Haltung seien. Es bliebe aber die Frage zu erörtern, ob nicht der Einfluß des bekannten Petitionsvorankassiers Direktor Meiser dahinter stände. Immerhin sieht er, daß von den Vorteilen, die Zölle den Unternehmern bringen, die Arbeiter nichts bekommen. Meiner weiß aus dem statistischen Jahrbuch nach, daß die Gewinne der Eisenindustrie im letzten Jahre sehr gering waren, bei höherem Kurs der Eisen und des Bleis. Nun kann man sogar mit noch höheren Zöllen. Auf wessen Kosten sollen dem Nöhrenindustrie neue Gewinne zugehören werden? Auf Kosten der Konsumenten, vor allem der Gemeinden, die als Nöhrenkonsumenten in Betracht kommen. Für Kunstguß stelle man einen höheren Zoll ein, obgleich man anzusetzen müßte, daß es eine Konkurrenz des Auslandes für diesen Artikel nicht giebt. Hier werden den Wünschen der Großindustriellen in eufälliger Weise Rechnung getragen, ihnen aber mit vollen Händen, mehr, als man den Agrariern gebe. Das sei unerträglich. Die Zölle seien unbedeutend.

Geheimrat v. d. Borcht stellt in Abrede, daß die Eisenindustriellen besonderes Glück bei der Regierung gehabt hätten. Speck (Zentr.) widerspricht dieser Anschauung, es sei der Zoll auf Nöhren und Walzen ja erhöht. Es zeige sich bei diesen Zöllen, daß für die Industrie besser gefolgt worden sei, als für die Landwirtschaft. Wenn hier nicht gegen die Kartelle vorgegangen werde, wolle sich denn dann der Reichstag gegen sie vorgehen? (Zuruf: Wenn Speck seine Schuldade öffnet!) Wolkenbüchel habe recht, nachdem der Maschinenzoll die Gemeinden belaste, wolle man ihn noch mehr lassen auf. Auch die Wärtner, die diese Nöhren zur Herstellung ihrer Anlagen brauchen, würden außer neue geschäftigt, dagegen müßte protektiert werden. Leider sei er geneigt, in seinem Antrag den Satz von 3 auf 4 Mark zu erhöhen, da sonst verschiedene Mitglieder nicht dafür stimmten.

Graf Kanitz hält die Erhöhung der Zölle nicht für absolut nötig, wird aber für die Vorlage stimmen. Er bedauere, daß nicht ein Doppelzettel vorgelegt worden sei. Mit den Amerikanern kann man kaum zu einer Tarifrevision kommen. Darum liege für ihn kein Anlaß vor, noch niedrigere Zölle den Amerikanern zu bieten.

Wolkenbüchel: Wenn der Hgh. Speck so gut von den Kartellen denkt, wie er vorher geäußert und glaube, daß diese den Gewinn nicht annehmen würden, der ihnen geboten werde, dann werde sein in der Schuldade ruhender Gesentwurf den Kartellen kaum gefährlich werden. (Heiterkeit.) Es scheint, als ob zwischen den Parteien ein Handelsgesicht abgeschlossen worden sei: Man gebe den Eisenindustriellen, damit ihre Vertreter später den Agrariern noch mehr geben. Der Vakt scheint fertig zu sein.

Stadthagen begründet den Antrag auf Zollfreiheit für mehrere Positionen. Die Konversations seien 1873 für Mit-

teilung der Eisenzölle eingetreten; auch die Zentrumsfraktion Mallinrodt, Windthorst u. u. seien dafür gewesen. Reher vertritt die Ansicht, daß die Zölle allen Nöhren geschädigt, denn die Kartelle drücken die Löhne und machten den Arbeitern das Koalitionsvotum illusorisch, je mehr sie in der Provinz unterteilt würden. Diese Frage träte bei dem kapitalistischen Charakter der Produktion unbedingt ein. Gestern habe von den Sozialdemokraten niemand auf die Aenderungen des Staatsvertrages über das Schmelzblech eingeworfen können, weil Arent durch seine Schlußanträge dies unmöglich gemacht habe. Heute frage er den Staatssekretär und andere, die Schmelzblech Zölle seien, es als Ganzes zu betrachten. Schmelzblech gegen die Bezölle, er habe sich gegen den Zolltarif ausgesprochen, es sei also wertlos, Schmelzblech gegen die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission auszusprechen.

Das Zollsystem ist offenbar nur die Protektion der Wirtschaft (Wirtschaftspolitik), die wieder Standesvorurteile und Abhängigkeit erzeuge, der unter den Bezugszinsen sich breit mache, der so weit gebe, daß ein Mann aus gewissen Ständen nicht die Tochter eines Feldwebels ehelichen dürfe. (Heiterkeit.) Die finanzielle Wirkung der Zölle für die Reichskasse ist nicht gering. Aber diese Finanzpolitik ist auch nur eine Ausflucht des Klassencharakters unserer Verfassung, die nicht auf die tatsächlichen Verhältnisse Rücksicht nehme, sondern den arbeitenden Massen und dem Mittelstand keine Aera auflege zu Gunsten weniger Begüterter. Dagegen sei Zollfreiheit geboten.

Nach vielen weiteren Ausführungen verschiedener Redner wird ein Verlagsantrag angenommen. Der Vorlesende schlägt eine Aenderung der Arbeitszeit vor, damit die erste Sitzung am 8. August beendet werden könne. Es wird beschloffen, nämlich von 9-3 Uhr zu tagen. Schluß 1/3 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Tagesgeschichte.

Konversation von einst.

Es ist bekannt, daß Anfang der siebziger Jahre die deutschen Agrarier Freilandler waren. Das jemals ein Getreidezoll in Deutschland eingeführt werden würde, hätte keiner der Herren damals geglaubt. Und wie die Konversation, so wollte auch das Zentrum vor dreißig Jahren nichts von einem „Schulzoll“ wissen. Im Mai 1873 beantragten die konversationellen Abgeordneten Graf v. Behr, v. Below-Saleste, v. Bedell-Waldow, Graf Ohsa, Freiherr v. Frensdorff, v. Minnigerode im Verein mit Abgeordneten anderer Parteien, insbesondere dem Zentrumsgenossen Windthorst: Aufhebung des Eisenzolls im Interesse der Landwirtschaft. v. Behr sagte damals aus:

„So lange ein deutsches Schiff unter dieser Befähigung, so lange wir in den Provinzen an der Dniepr, wo wir kein Eisen herausbringen, sondern sehr viel Eisen hineingeben müßten, um eine Ernte zu haben, so lange dort der Pflanzmann seinen Boden zu bestellen haben wird, so lange werden wir die Konkurrenz freies Eisen verlangen. . . . Nehmen Sie die Verletzung entgegen, daß mir nichts ferrier liegt, als Ihnen die Notwendigkeit der Aufhebung der Eisenzölle beweisen zu wollen. Ich meine nicht, daß meine, daß der Satz, das Eisen muß zollfrei sein in dem weitesten Streichen des Vaterlandes ein Axiom geworden ist.“

Der konversationelle Abgeordnete im Jahre 1873 gegen von Zentrum. Heute Zentrum und Konversatione fast geschlossen für die Eisenzölle. Die Zollfreiheit des Eisens ist den Zentrern und der Sozialpartei kein Axiom mehr, also nicht mehr ein Satz, der so selbstverständlich ist, daß man ihn nicht erst zu beweisen braucht, wie etwa der: wenn ein Mensch geboren ist, lebt er nicht mehr. Die Zentrern bewilligen den Industriellen die Eisenzölle, damit ihnen von letzteren die Wüderzölle auf Agrarergewinne bewilligt werden. Das ist jetzt zum Axiom geworden.

Freundschaft für Wäterschen.

Der in Wylsowich an der russischen Grenze, aber auf deutschem Boden verweilende russische Student ist noch immer derselbe, obwohl sein Auslandspaß in vollständiger Ordnung sich befindet und die in seinem Besitze befindlichen sozialistischen Schriften nicht verboten sind. Sofort nach seiner Verhaftung wurde, wie jetzt bekannt ist, aus dem russischen Grenzort Mordjew ein Kapitän der russischen Gendarmrie herbeigeholt, welcher den Inhalt der Bücher untersuchte. Die Schlei. Hg. berichtet, der Student sei noch in Wylsowich eingekerkert, dürfte aber an Wladimir ausgeliefert werden.

Das wäre ein ungeheurer Gewaltthat, der an den Schulzigen mit größter Strenge geahndet werden müßte.

Die Freundschaft des Zentrums mit dem Marienberger ihnen mehrere nützlicher als die der Bauern sein konnte. Auch dieses ist von dem Dürre des Blüthenjahres des Jahres durchwunden. Während aber der regierende Rat noch den Schein der Bauernfreundlichkeit zu wahren trachtete, verrieten die Gesellschafter ihre wahre Meinung offen durch die Gelage, mit denen sie auf der Herren-Tischstube die Siege des Krieges und seine eines türkischen Wäterschen würdige Braumattent gegen die Gefangenen und das unglückliche Wäterschen feierten.

In dem Beden heute ihre ganze Leidenschaft, meinte die schöne Gabriele verächtlich. Sie beklüdete den Rat der Baghet, er treibe Krämervolitik, und sie suchte ihren Vormund und Herrn Grasmus zu bestimmen, endlich einen entscheidenden Schlag zu führen. Was wäre schon recht, aber wie, wenn er milde wäre? fragte Konrad Eberhard. „Denn, dann ist's zu Ende und man weiß endlich, woran man ist, entgegnete sie mit wogender Brust. Seit dem Abschlusse des Bündnisses mit der Bauernschaft war ihre Verdachtung der Bauern zu einem Haß geworden, über dessen lebensdienliche Ausbrüche die gutmütige Frau von Wylsowich mehr wie einmal sich erregte.

Am Freitag vor Wäterschen stand sich Grasmus mit Wylsowich mit dem Semigen nach dem Kadetten in dem Garten hinter seinem Hause. Die Sonne stand bereits hinter den Häusern. Der Tag war heiß gewesener. Die benutzende Kühle am Abend, die von dem Dürre des Blüthenjahres des Jahres durchwunden war, genoss Herr Grasmus seinen Abendruhm, während die Bauernschaft über den Kadettenzettel für das Wäterschen brütete und Sabine von den Beeten einen Strauß pflückte. Gabriele sah auf der niedrigen Mauer, die den Garten gegen die tiefer liegende Burggasse und die nur eine zweißeligen Säulern der Bauernschaft trennte, die den Garten der Wäterschen besaß, und nur die frischen hellen Entzungen der Kinder, die auf der Gasse spielten, schollen herum; dazu in der Luft das Wehen der jugendlichen Schmalen. Die niedrigen Strohdach- und Schindeldächer hinterden das Auge nicht, hinderten weit, weit hinauszuweisen in die von Felsen, Bergen, Büschen und Baumgruppen umschlossene Welt der Tauer. Gabriele hatte das linke Bein über das rechte geschlagen, das Knie mit beiden Händen umfaßt und schaute mit etwas zurückgebeugtem Kopfe nach dem europäischen Barockmarmorsäulen in der südwestlichen Ecke der Hinterburg, um dessen von der Sonne noch

Das fällige Marinemagazin. Am 28. Juli hat in Wylsowichshafen ein schwerer Zusammenstoß zwischen dem im Bau befindlichen Minenschiff „Lützow“ und dem Panzerschiff „Bader“ auf der fälschlichen Werft stattgefunden. Die Platte von Baden trotz Wäterschen auch mittschiffs auf der Baderdecke unterhalb der Wasserlinie, rief ein 1 1/2 Meter langes Loch in die Außenhaut und trat noch ein Schott. Das Wasser strömte durch die Oeffnung ein. Um das Schiff wieder in waagrechter Lage zu bringen, pumpte eine Feuerpistole auf die Steuerbordseite Wasser ein. Am Abend ging das Minenschiff nach dem Dock, um den Schaden auszubessern.

Der offizielle Telegraph hat es für angebracht gehalten, bis jetzt über diesen unangenehmen Unfall zu Schweigen.

Die Tochter des Feldwebels.

In Beilagen-Artikel vorliegender Nummer „Standesunterschiede finden nicht statt“ haben wir die neueste Standeslaffaire im Auszug wieder. Von den an der Sache beteiligten Herren hat wahrscheinlich niemand geklagt, Wähnung werde den Müttern haben, den Standal an die Öffentlichkeit zu bringen. Jetzt, wo das Unvermutete geschehen ist, wo selbst die Post und die Kreuz-Zeitung nicht wagen, die Regierung in Schutz zu nehmen, sind die Offiziere dabei, ihre Kammerfräulein als Tochterpieler zu erweisen. Sie bemühen sich, die Affaire so darzustellen, als wäre nicht die Verheiratung mit der Tochter eines früheren Feldwebels die Ursache zur zwangsweisen Pensionierung des Provinzial-Steuerdirektors Wähnung sondern seine polenfreundliche Gesinnung.

Dieses Tochterpielerfräulein muß jedoch vertragen, nachdem Klapp und Har festgestellt ist, daß der Oberpräsident zu Wähnung gelangt hat: „Sie können als Provinzial-Steuer-Direktor nicht die Tochter eines ehemaligen Feldwebels heiraten.“ Diese Ansicht teilt auch der kommandierende General.

Die Kriegerverweigerer und sonstigen Freunde des heutigen Militarismus werden übrigens aus der Wähnung-Affaire die nötigen Lehren ziehen, wenn sie dazu noch im Stande sind.

Aus der Eitelkeit.

Der Tod des Gen. Christensen, den wir gestern unter Parteiarbeiten melden, weckt die Erinnerung an die glorieuse Zeit der Hingung-Mahlow, Buttamer und sonstigen Ehrenmänner. Christensen war einer der aus Berlin ausgewiesenen Parteigenossen. An der Hand des von ihm aufgenommenen Protokolls bediente Singer im Reichstage die Schändlichkeit des Hingung-Mahlow aus, der den Genossen Uebertritt in dem Gebrauch demischer Tinte erteilte und als Uebertritt in dem „Kauft Revolver“ wählte. Als er der von Singer im Reichstage genannten Zeugen wurde Christensen wegen Verleumdung eines „ehrenhaften Beamten“ — so nannte Buttamer seine Agents provocateurs — auf die Anklagebank geschleppt und auch in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der zweiten Instanz kam die Sache jedoch anders. Singer hatte für die Minderheit der von ihm geschickten Eitelkeitspartei Hingung-Mahlow sechs Zeugen zur Verfügung. Vierzigjährige wie man auch im Reichstage nur zwei Namen, um wie er in richtiger Verteilung der Buttamerischen Taktik ausfiel — zu verbinden, daß alle Zeugen in Angelegenheit verhandelt werden konnten.

An der Gerichtsverhandlung zweiter Instanz befristeten vier Zeugen Punkt für Punkt die Angaben des Angeklagten Christensen, und die Folge war eine glänzende Freisprechung, da der Beweis der Wahrheit aller Behauptungen in vollem Umfange vom Gericht als erbracht anerkannt wurde.

Unmittelbar nach dem Freispruch erfolgte die Ausweisung des Genossen Christensen. Bei Schluß der Reichstags-Session wurde auch Genosse Singer ausgewiesen und damit dem „ehrenhaften Beamten“, der dessen Nebenbei das Gericht nicht geklagt hat, eine edle putzamerische Ehrengewährung gegeben, die durch die Verleumdung des allgemeinen Ehrengewand noch erhöht wurde.

Die „Schicksalshüte“ von Gewerbetreibenden. Der frühere Direktor der Hauptkassette in Menzeln, August Wäterschen, hat die Gewerbetreibenden und speziell über das in Ostpreußen folgende Urteil: „Die Schicksalshüte von Wäterschen haben keine Ahnung von der — Einrichtung einer Fabrik, die können gar kein Urteil fällen, insbesondere nicht der Antomm Barfels, dieser Spezialist; auch im übrigen sind die Gewerbetreibenden nur dafür da, damit das Volk reich bekommt. . . .“ Die Angelegenheit ist vor das Schöffengericht gekommen, das den Bring wegen schwerer Verleumdung in eine Geldstrafe von 250 M. nahm.

So ein Unternehmern-Diener kann sich eben nicht vorstellen, daß Rechte dazu da sind, auch „dem Volke“ zu seinem Rechte zu verhelfen.

goldig leuchtendes Dach die Schmalen im blitzartig zuckenden Auge hin und her schloßen. Ein leiter Lutztag lag dann und wann das schwarze Gesicht Gabriels auswochen. Sie gemachte es, daß Sabine, ihre Blumen erndend, in ihre Räder kam, und sie leuchtete, indem ihre Augen die Schmalen verfolgten: „Wer doch auch fliegen könnte!“

„Und wohin würdest Du fliegen?“ fragte Sabine. „Aber Du brauchst es mir nicht zu sagen, ich weiß es.“

„Dann weißt Du mehr als ich“, antwortete Gabriele mit einem verunderrten Blick. „Ich zerbreche mir lust den Kopf über das Wäterschen. Hilf mir nicht.“

„Damit täuschst Du mich nicht“, rief Sabine, indem ihre Wangen sich höher röteten. „Du verheißt Dich freilich trefflich darauf, denn wie hätte ich sonst so lange an eine Freundschaft glauben können, die Du nie für mich gehabt hast?“

„Wie, sind wir noch in der Klosterküche?“ höhnte Gabriele. „Aho, welchen Verbrechens an der Freundschaft hab ich mich schuldig gemacht?“

„Doch Du müßt noch fragen können, beweis, was ich Dir schon einmal sagte, daß Du kein Dürre halt“, verriet Gabriele gereizt. „Ich habe Dir aus dem meinsten nie ein Hehl gemacht. Du weißt, daß ich den Wäterschen nicht liebe, daß ich mir geizungen die Feindgefehrte werde. Du aber merkst kaum, daß ein anderer mein Herz sich zuneigt, so drängst Du Dich dazwischen und nicht hin für Dich zu gewinnen.“ Die Tränen traten ihr in die Augen.

„Also eifersüchtig!“ sagte Gabriele, ihr Antlitz freigegeben. Mit einem Achselzucken fügte sie hinzu: „Wenn ich mich desfalls veranlassen sollte, Du, Viehlein, warum leich Ihr alle auch so langweilig.“

„Verantworten sollst Du, daß Du mich Deinen Feindtreibers begahnen läßt“, rief Sabine, deren blaue Augen zornig durch die Tränen zu blitzen begannen.

Gabriele schwieg.

„Und wenn Du ihn noch liebst!“ begann Sabine wieder. Gabriele schloß die hinteren an. „Und wenn ich ihn nicht?“ fragte sie, die Worte dehnend. „Nurricht!“ schloß sie nach einer kurzen Pause ab.

(Fortsetzung folgt.)

Eingekauft hat, wie berichtet wird, die Staatsanwaltschaft in Dessau das Verfahren gegen Dr. Holzappel, den früheren Direktor des Köpeniger Technikums. Darnach ist sich die Anklagebildung Holzappel habe Zusage gemacht, nicht zu kooperieren. Sein Verhalten gegen die Studenten bleibe natürlich trotzdem tabu.

Vier entlassene Mannschaften, insbesondere die die erst im Oktober eintreffenden Diakonen soll an den Aufstellungs-orten ein Arbeitsnachweis eingerichtete werden. — Der Arbeitsnachweis allein thut's nicht; es muß jemand die Leute auch haben wollen.

Bei den Evangelischen ruhmort es. Weil der national-sozialistische Pfarrer Raumann nicht wieder in den Ausschuss der evangelischen Arbeitervereine gewählt worden ist — er schickte einigen der nationalsozialistischen Arbeitervereine aus dem Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine ausgetreten, „um sein soziales Streben nicht der Gefahr der Entfremdung auszuweichen“. Auch einige sächsische Vereine sind ausgetreten.

Wolf und Kirche. Der katholische Pfarrer Hansjacob in Freyburg (Baden) schreibt:

90 Prozent aller Gebildeten, 60 Prozent aller Selbständigen und 50 Prozent des Arbeiterstandes sind bei uns der Kirche entfremdet, innerlich abgefallen und stehen entweder auf dem Standpunkte des höchsten Demos oder gar des Atheismus.

Wenn Hansjacob in einigen Jahren das Prozent-Verhältnis zwischen Gläubigen und Ungläubigen nochmals ausrechnen wird, muß er die Siffer für die Ungläubigen noch viel höher stellen. Schon heute sind die 50 Prozent für die Arbeiter viel zu niedrig; die meisten haben nur seine Zahl, durch Austritt aus der Kirche offen und endlich ihre Meinung zu bekunden.

Die Gesundheitslage in Deutsch-Südwestafrika ist so groß, daß der Gouverneur den einzelnen Bezirkskommandanten und Distriktsverwaltungen vorläufig je hundert Mark zur Verfügung gestellt hat für Ausgehungen von kleinen Kräutern an Eingeborene für sachverständige Einheiten von Ärzten und Gesundheits-Beamten. An Stelle der Geldprämien können den Eingeborenen auch Lebensmittel beschafft werden.

Die Endziffern bei der Nachwahl im Kreise des verstorbenen Dr. Vleber lauten: Zentrum 10631, Nationalliberaler 3750, Bündler 2454, Sozialdemokrat 652 Stimmen.

Wegen Ungehörigkeit vor Gericht ist in Bayrege vor dem Schöffengericht ein Arbeiter mit drei Tagen Arrest bestraft worden, weil er beim Namensaufruf statt deutsch mit „hier“, polnisch mit „jestom“ geantwortet hatte.

Ausland.

Frankreich. Die Kulturkampf-Demonstrationen in Paris haben zwar noch nicht ihr Ende erreicht, flauen aber immer mehr ab. Die Regierung hat jetzt die Aufgabe, allen den Kindern, die bisher Dörschulen besucht haben, Unterricht in weltlichen Schulen zu verschaffen. Dieser Tage finden denn auch bei den zuständigen Behörden und Abgeordneten diesbezügliche Beratungen statt.

In der Provinz führt die Schließung der Ordensschulen hier und da noch zu ernstlichen Konflikten mit der Bevölkerung. So wurde im Orte Sainte Afrique (Departement Mayron) der Schulpflichter aus Anlaß der Durchführung von Maßregeln gegen die Kongregationen von einer Anzahl mit Schnippen bewaffneter Frauen angegriffen und mußte ins Bürgermeisterei flüchten, vor dem sich bald eine größere Menge ansammelte und Drohreden ausließ. Nur durch die Vermittlung des Friedensrichters konnte der Schulpflichter die Bürgermeisterei verlassen.

Besonders stark ist der Widerstand der Bevölkerung gegen die antiklerikalen Maßnahmen der Regierung in der Bretagne, der Hochburg des Katholizismus. Dort ist es an vielen Orten, auch in der Hafenstadt Brest, zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei und Gendarmen gekommen. Auch weiterhin wird in der Bretagne auf den Widerstand der bigotten Bevölkerung getroffen werden.

Belgien. Die Einwanderung französischer Orden nach Belgien hat großen Umfang angenommen. — Belgien kann sich zu diesen schwarzen Wägen Glück wünschen!

Italien. Gegen die Ordensgesellschaften scheint auch die italienische Regierung mobil machen zu wollen. Im Justizministerium wird zur Zeit ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach, wie durch das französische Gesetz, die Kongregationen unter staatliche Aufsicht gestellt werden sollen. Eine Kommission, bestehend aus Beamten des Justizministeriums und Deputierten, soll sich demnächst nach Frankreich begeben.

Irland. Von der traurigen Finanzwirtschaft der irischen Regierung zeugt folgende Maßregel der Finanzminister: Die Regierung hat infolge der in der heiligen Garnison aufgetretenen Unzufriedenheit von der Tabak-Regie einen Vorstoß von 60 000 Pfund erhalten, um damit einen Monat Geld besparen zu können.

Schweden. Die Arbeiterpartei und die Wahlen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat dieser Tage ein Wahlmanifest veröffentlicht, worin die Arbeiter aufgefordert werden, in den Wahlen, wo eine hundertfache Zahl wahlberechtigter Arbeiter vorhanden ist, keine Arbeiterkandidaten aufzustellen. Dort aber, wo solche Kandidaturen ausfallslos eingeht, sollen die entlassenen liberalen Kandidaten gegenüber solchen Kompromiß-Liberalen oder Konjunktur-Unterstützten werden, denen es mit der Wahlrechtsreform nicht Ernst ist. Vor allem soll darauf geachtet werden, daß die zu wählenden Personen ehrliche Freunde des allgemeinen Wahlrechts sind und daß sie entschiedene Gegner der Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterorganisationen sind, wie sie in letzter Zeit wieder von der Reaktion geplant werden.

England. Edwardehrt seine Helden. Das Amtsblatt veröffentlicht ein königliches Dekret, wonach Lord Kitchener zum Baron von Chartum und de la Walle ernannt worden ist.

Amerika. Die Stämpfe auf Haiti. Die Stämpf-Verhältnisse gleicht nach brieflichen Nachrichten eine ausführliche Schilderung der Unruhen auf Haiti und der Verschönerung von Cap-Haitien durch ein heftiges Kriegsgeschick am 28. Juni. Es geht daraus hervor, daß während der Besetzung und des begleitenden Straßenkampfes Leben und Wohl der Fremden auf das schwerste bedroht war. Der Böbel drohte, die Kaufhäuser anzuzünden, die Konsulate in Brand zu stecken und die Fremden zu ermorden. Die Konsulate wurden beschißt, die Fremden mußten sich bewaffnen und vereinigen, um im Notfall einen Angriff zurückzuschlagen zu können. In der Mitteilung wird die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes aus Bringenbüte gewünscht. — Ein Telegramm des Kommandanten des amerikanischen Kriegsschiffes Madras berichtet, daß in Cap-Haitien große Unruhe herrsche. Der Böbel drohe die fremden Konsulate. Der Kommandant wolle ihnen an Bord des Madras Schutz gewähren und eine Beschießung ohne vorherige Ankündigung verhindern.

Australien. Der Sozialismus in Neu-Seeland. Die große Insel Neu-Seeland in der Nähe Australiens, eine der wertvollsten englischen Kolonien, ist zweifellos dasjenige Land, in welchem die sozialreformatorischen Maßnahmen am weitesten entwidelt, wo der Arbeiterkampf am ausgeblühten ist. Es ist darum die Frage interessant, ob denn trotz dieser Umstände auch in diesem Lande der Sozialismus Fortschritte macht. Einige Briefe, welche die Justice und der Labor Leader veröffentlichten, geben darüber einige Anhaltspunkte. Danach besteht eine fetterorganisierte sozialistische Partei in Neu-Seeland seit etwa 10 Monaten. Der erste Verein wurde in Wellington gegründet; Zweigvereine bestehen jetzt bereits in fast allen größeren Städten. Die höchste Mitgliederzahl hat der Ortsverein von Christchurch zu verzeichnen. Bemerkenswert ist, daß in letztgenannter Stadt der Gewerkschaftsrat mit der Parteiorganisation zusammenarbeitet. Zwei Führer des Gewerkschaftsrats erklären ausdrücklich ihr Gewerkschaftsmitglied der Partei. Tom Mann, der bekannte englische Sozialist, der vor mehreren Monaten nach Neu-Seeland übergesiedelt ist, weiß ihr das geringe Verständnis der englischen Arbeiterklasse für den Sozialismus nicht anzuregen, hat dort kräftig in die Bewegung eingegriffen. In Wellington finden jede Woche mehrere Versammlungen unter freiem Himmel statt mit Tom Mann als Redner. Ferner hat er eine kleine Flugblätter verfaßt, in welchen er in populärer Weise Wesen und Ziele des Sozialismus auseinandersetzt.

Soziales.

— Eine Verkohlbücherei und eine Mühle sollen durch die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg errichtet werden.

werden. Man soll berücksichtigen, auch die anderen Landwirtschaftskammern für diesen Plan zu gewinnen.

Der Hiesigenkreis der nordamerikanischen Bergleute.

Von einem Vorteilenoffen und Deier unseres Blattes wird uns der Brief eines Verwandten zur Verfügung gestellt, der seit neun Jahren als Bergmann in nordamerikanischen Kohlenrevieren amfänglich ist. Der Verfasser schildert die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der Kohlenarbeiterbewegung folgendermaßen:

Zur Zeit spielt sich hier der schrecklichste Kampf zwischen Kapital und Arbeit ab. Beide Kämpfer sind wohl gearmet: auf der einen Seite ein mächtiger Geldsack, der anderen ein stählerner Wall, gebildet durch Einigkeit und Entschlossenheit. Die Veranlassung zu dieser Kampfstellung will ich zu schildern versuchen:

In den Vereinigten Staaten werden zwei Sorten Kohlen abgebaut. Anthrazit oder harte Kohle kommt aus dem Osten, Bituminös oder weiche Kohle aus dem Westen dieses Landes. Der Staat Pennsylvania hat den Hauptanteil am Kohlenabbau. — Die westlichen Arbeiter haben verstanden, den Kohlenbaronen einige Vorteile abzurufen, z. B. müssen die Bergleute mit einem Komitee der Arbeiter die jährliche Lohnrate feststellen; dieser Kontrakt darf dann innerhalb eines Jahres nicht gebrochen werden. Dasselbe haben die Arbeiter des östlichen Distrikts immer verweigert, aber mit negativem Ergebnis — die Kohlenbarone waren härter als sie, alle Vereinigungen wurden zertrümmert.

Um nun den Anschluß ein für allemal ein Ende zu machen, ließen sich die Grubengesellschaften geistige Leute aus Europa importieren. Die geistreiche Ware waren die Polen. Dieselben wurden von den amerikanischen Arbeitern gehaßt, waren jedoch zugänglich, gütig, ließen nur wenig Lohn und geringer Kost, für allem: das rechte Material für den Kohlenstreik. Den Grubenführer war es nun leicht, die denselben Arbeiter auszurotten und zum Schweigen zu bringen. Die Arbeiter wurden behandelt wie die Sklaven. Kompagnie-Kaufleuten entstanden, wo man alles zum Leben Notwendige erhalten konnte, aber doppelt so teuer wie anderswärts bezahlen mußte. Die Schulden wurden am Lohnstage abgezogen, ebenig Raub und Mord, denn die Käufer gehörten auch der Gesellschaft. Wer nicht sein Geld der Kompagnie zurückgeben wollte, erhielt keine Arbeit.

Die Gesellschaften kamen aber auch noch auf die teuflische Idee, den Lohn den Arbeitern auf direkte Art abzunehmen. Die Löhne von Arbeitern, die sie wollten, die zu hohen Löhne zu erhalten; sie nur ruhig. Du sollst auch Deinen Anteil haben an unserem großen Verdienste. Wir geben Dir Prozent. Wenn der Kohlenpreis hochgeht, geht Dein Lohn auch hoch. — Das Resultat war: Einen Monat bekamen die Arbeiter 5 Cents über den Dollar, den nächsten aber 10-20 Cents weniger. Es kam nun überhaupt keine Lohnrate mehr, die Kompagnien konnten den Lohn festsetzen, wie sie wollten. Beweisen ist: Wenn die Kohle im Preise stieg, nahm der Lohn der Arbeiter ab.

Diese unerhörte Schandthat ist bald 15 bis 20 Jahre betrieben worden, ohne daß die fortpirte Sippe von Politikern, Ministern und Priestern eine Hand darum gerührt hätte. Das Recht ist für das Wohl der Arbeiter, aber das Kapital verliert es, die Diener der Gerechtigkeit zu bestehen. Alle Beamten dieses Landes sind Schurken von der inoffiziellen Sorte.

Doch es gelang, man kann sagen über Nacht, ein sonderbares Kommissariat. Die Polen hatten denken gelernt, hatten sich an die amerikanischen Verhältnisse gewöhnt, und fanden einen Führer in der Person von John Mitchell. Sie waren alle die kein gelegten Pläne des Kohlenstreikes in einem schwebend-lichen Streik über den Dauen. Dies geschah hier vor zwei Jahren. Die Kompagnien mußten ihre Läden schließen und am Lohn 10 Cents über den Dollar geben. Seit jener Zeit ist die Bergarbeiter-Union berart gemacht, daß heute alle Arbeiter von Ost- und West-Pennsylvania und anderer Staaten, 500 000 an der Zahl, unter einem Führer vereinigt sind, und dieser ist John Mitchell. Alle Nationalitäten des Kontinents reichen sich heute die Hand, die alte Feindschaft zwischen den Bülkern ist gebrochen! Pole, Amerikaner, Deutsche und Ire, die früher einander feindlich waren, stehen nun geschlossen im Kampfe gegen den Ungeheuer Kapital. Die östlichen Arbeiter nahmen den Kampf am 15. Mai wieder auf. Es war alles probiert worden, der Streik besiegt. Der Kohlenstreik kam wieder auf die Initiative der Arbeiter und mußte zu brechen. Jedoch es gelang ihnen nicht, denn alle organisierten Arbeiter des Landes sind auf Seiten der östlichen Bergarbeiter, und der 17. Juli ist auch der Tag, wo auch die Bergarbeiter des Westens ihr Kampfversteck niedrigeren wird, so daß keine Schaulust mehr aus der Erde kommt. Was dann entstehen wird, ist klar: alles wird stille stehen.

Unsere Forderungen sind human. Wir wollen achtstündige Arbeitszeit, Anerkennung der Union und Lohnerhöhung. Hier

Grosser Inventur-Ausverkauf.

Einen Posten
Spitzen-Umhänge,
gefüttert, elegant ausgeführt,
das Stück **4.50** und **8.50 Mk.**

Einen Posten Waschblusen und
Blusen-Hemden
in grosser Muster-Auswahl
das Stück **45** und **95 Pf.**

Einen Posten
Bulgaren-Blusen,
Neubheit der Saison,
das Stück **1.45 Mk.**

Einen Posten Damen-
Wasch-Costumes,
Neuheiten dieser Saison,
das Stück **Mk. 2.50, 4.50, 6.50.**

Einen Posten
Tändel-Schürzen,
in eleganter Ausführung
das Stück **25** und **35 Pf.**

Einen Posten
Wasch-Seide
das Meter **40 Pf.**

Einen Posten elegante
Damen-Gürtel
das Stück **15, 30, 40 Pf.**

Einen Posten **Herrn- und Damen-
Wasche**
und Weisswaren jeglicher Art
zu ausserordentl. billigen Preisen.

Einen Posten
Waschkleiderstoffe
in vielseitiger Muster-Auswahl
das Meter **18** und **25 Pf.**

Einen Posten
Fantasie-Kleiderstoffe
solide Qualitäten
das Meter **35, 50, und 75 Pf.**

Einen Posten prima
Eoden-Stoffe
in mittleren und dunklen Farben
das Meter **50** und **65 Pf.**

Einen Posten **Teppiche und
Tischdecken**
im Schaufenster verblieben
zu billigsten Inventur-Preisen.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Ständevorrechte finden nicht statt!

Als lautet ein Satz in Artikel 4 der preussischen Verfassungsurkunde, die nimmer reichlich ein halbes Jahrhundert alt ist. „Ständevorrechte finden nicht statt.“ Schön gesagt! Aber nun vergleiche man folgende erbauende Schilderung des Oberpräsidenten Löhring in Berlin, der am 1. Juli sein Amt niedergelegt hat, weil er die Tochter eines ehemaligen Feldwebels geheiratet hatte.

Der Vormarsch veröffentlicht das vertrauliche Nachfertigungs- schreiben Löhrings. Letzterer erklärt, daß seine jetzige Frau die Tochter des Regierungsrates Coccius in Solen sei, die er im vorigen Herbst auf einer Festschiff des Vereins der deutschen Katholiken Besens kennen gelernt und mit der er sich am 17. Februar nach einem Ballontreffen auf der Giebahn verlobt habe. Als er nach der Verlobung abends nach Hause kam, fand er eine anonyme Warnung vor, der Familie Coccius nachzusetzen; er wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Coccius ein Feldwebel gewesen sei. Auf die Erkundigung bei einem Geisteslichen erfuhr Löhring, daß die Familie Coccius durchaus ehrenwert und daß die Tochter ein sehr feines, liebenswürdiges und tugendhaftes Mädchen sei. Der Geistliche drückte allerdings die Bemerkung aus, daß die Veröffentlichung der Verlobung Aufsehen erregen werde, da in Solen der Kahengel in seltener Mitleid sei. Als die Verlobung am 21. Februar veröffentlicht wurde, erhielt Löhring von allen Seiten und deren Frauen — mit Ausnahme des Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten sowie der Generalität — Glückwünsche. Einige kamen mit ihren Frauen, um persönlich Glück zu wünschen.

Löhring erzählt dann weiter, daß er sich des ungetriebenen Befehles seiner Frau bis zum 2. März habe erfreuen können, als er ein Schreiben des Personal-Dezernenten im Ministerium erhielt, tags darauf im Bureau zu sein zur Entgegennahme einer amtlichen Mitteilung. Ende Februar war der Oberregierungsrat Geis in Berlin auf Urlaub gewesen und teilte nach seiner Rückkehr mit, daß er vom Finanzminister über Löhrings Verlobung besandt worden sei. Der Personal-Dezernent erklärte Löhring, daß der Minister über die Verlobung in Kenntnis sei und daß er nichts gegen die Verlobung einzuwenden habe. Löhring teilte dem Minister seine Pensionierung nach. Besonders sei der Minister ungehalten, daß Löhring ihm von seiner befristeten Verlobung nicht vorher Mitteilung gemacht habe. Der Personal-Dezernent fragte, ob sich Löhring nicht wiederholt den Mitgliedern der Steuerkommission gegenüber abfällig über die Vorkommnisse der Regierung ausgesprochen habe, und erklärte, daß Löhring eine Steuereinkünfte in Frankfurt, der bei einer Stadtvorordnetenwahl für einen Woten gekommen, trotz des Antrages des dortigen Landrats nicht entsprechend zureichend gewesen habe. Zum Schluß der Unterredung erklärte der Personal-Dezernent, daß er und der General-Direktor bei dem Minister durchzusetzen suchen würden, daß Löhring beim Abschied der rote Adler-Orden zweiter Klasse verliehen werde.

Tags darauf hatte Löhring eine Unterredung mit dem Oberpräsidenten. Dieser erklärte ihm: Gegen die Persönlichkeit Ihrer Frau ist nach den eingekommenen Erkundigungen nichts einzuwenden. Aber Sie können als Provinzial-Steuerdirektor nicht die Tochter eines ehemaligen Feldwebels heiraten, ebensowenig wie ein Oberst die Tochter eines Feldwebels heiraten kann. Ein Ministerialrat, ein Oberregierungsrat kann eine solche Heirat schließen. Sie befinden sich als Provinzial-Steuerdirektor an der ersten Stelle in der Provinz und können jedoch nicht diese Ansicht teilen auch der kommandierende General nach wiederholter Rücksprache. Die mir seitens des Geheimen Rats Guts mitgeteilten, vom Ober-Regierungsrat Geis befundenen Aeußerungen zur Vorkommnisse können Ihnen — wörtlich — „den Hals nicht brechen“. Im Laufe des Gesprächs kam eine Uebersetzung Löhrings in eine gleichrangige Mitgliedsstelle einer Zentralisation zur Sprache. Der Oberpräsident schien sich dafür zu interessieren.

Als demnach die Ministerialdirektor Guts fragte, ob Löhring seine Pensionierung nachsuchen wolle, erwiderte dieser, daß er das nicht thue. Der Ministerialkommissar las Löhring darauf die protokolliert aufgenommenen Aussagen des Oberregierungsrates Geis und des Geh. Regierungsrates Wende vor. Geis hatte erklärt, daß Löhring sich verlobt gegen die „offizielle Vorkommnisse“ der Regierung ausgesprochen und in diesem Sinne auf die Mitglieder der Direktion einzuwirken gesucht habe. Insbesondere habe Löhring das Vorgehen der Regierung in Weiden wiederholt kritisiert. In Frankfurt seien ein polnischer Arzt und ein deutscher Katholik bei der Stadtvorordnetenwahl in die Stichwahl mit zwei evangelischen Deutschen gekommen. Bei der ersten Wahl habe der Steuereinkünfte Winkler für die ersten gekommen, und die übrigen Beamten hätten bei der Wahl gesiegt.

Der Landrat habe diese in einem Schreiben mitgeteilt, mit dem Erlaubnis, auf die Beamten einzuwirken, daß sie sich an der Wahl beteiligten und für die deutschen Kandidaten stimmten. Ich habe eine derartige Einwirkung für verfassungswidrig erklärt, habe gesagt, daß ich der Ansicht sei, es sei nicht schicklich, wenn in den städtischen Körperschaften auch die Minoritäten vertreten wären. Ich hätte gesagt, eine schriftliche Anweisung an die Beamten könne in der Presse und im Parlament ausgesagt werden. Ich hätte ihn, den Geis, nach Frankfurt entandt, um die Beamten mündlich anzuweisen, sich an der Stichwahl zu beteiligen, und denselben die allerhöchste Ordre vorzulegen, wonach sie sich jeder Abigung gegen die Regierung zu enthalten hätten. Sollte Mitleid als Vorwand nicht für die Deutschen gefunden werden, so habe er sich der Wahl zu enthalten.

Der Geh. Regierungsrat Wende hatte zu Protokoll erklärt, die Aeußerungen Löhrings zur Vorkommnisse hätten ihn tief gekränkt. Auch habe Löhring ihn behindert, bei seinen Arbeiten der Regierungspolitik Ausdruck zu verleihen. Löhring bemerkte dazu, daß der größte Teil des Arbeitspensiums dieses Herrn in den Berichten über Stempel-erhaltungs-Gebäude bei nicht zur Ausführung gekommenen Grundstücks-Kaufverträgen besteht. Bei diesen Verhältnisseungen liegt er bei der Frage, ob die Ablehnung der Gebäude dem Minister abzugeben, oder das Verhalten der polnischen Geschäftsführer zur Vorkommnisse der Regierung eine Rolle spielen. Ich erinnere mich sehr an einen solchen Berichtsentscheidungen den ganzen beglücklichen Fallus geschrieben habe, ohne indessen den auch ohne dies gerechtfertigten Antrag auf Ablehnung des Gebäudes zu ändern. Bei seinen übrigen Arbeiten an der Vorkommnisse

politik der Regierung mitzuwirken, fehlt es diesem Herrn nach der Natur seines nur beschränkten Arbeitsgebietes an jeder Gelegenheit.

Löhring deutet an, daß Oberregierungsrat Geis mit dem Oberst des 6. Regiments in Solen, bei dem Coccius früher Feldwebel gewesen ist, in einem Hause wohnte, und daß er erzählt habe, die Offiziere des 6. Regiments hätten lobend auf seine demnachstige „neue Gheheuse“, die Tochter eines ihrer früheren Feldwebel“ hingewiesen.

Löhring fährt in seiner Nachfertigungsschrift fort: „Ich sollte geben. Zunächst mußte der Kommissar versuchen, mich in Güte zum Pensionierungsantrage zu bewegen. Als dieses vergeblich verlief, meine von zwei mir unterstellten Mitgliedern der Direktion fortgesetzten Aufregungen zur Vorkommnisse politik den nötigen Druck auf meine Entscheidung ausübten.“ Löhring richtete, um sich im Amte zu erhalten, eine Eingabe an den Minister. Er ersuchte darum, ihm im Wege des Stellenaustausches nach dem Weisen zu verlegen, wo derartige Ständevorrechte nicht in solchem Maße beständen. Die Aeußerungen zur Vorkommnisse könnten an seiner Loyalität gegen die Regierung keinen Zweifel aufkommen lassen. Der Oberpräsident teilte hierauf Löhring am 8. März mit, daß der Minister seine Entscheidung nicht gelten lasse. Durch die Unterlassung der Anzeige der Verlobung an den Minister habe er die Pflichten seines Amtes verletzt und vollends das Vertrauen erschüttert durch seine Aeußerungen zur Vorkommnisse. Die Verlegung in eine andere Stelle könne nicht in Frage kommen, es könne nur die fortgesetzte Pensionierung zum 1. Juli eintreten. Als Löhring um eine Abschrift des Erlasses ersuchte, erklärte der Oberpräsident, da zu sei er nicht ermächtigt. Er fragte dagegen, ob Löhring bereit sei, seine Pensionierung nachzugehen, er rath ihm dazu. Auf Löhrings Entgegung, er wolle sich seine Erklärung vorbehalten, bestand der Oberpräsident darauf, er müsse sich sofort erklären.

Am höchsten Maße empört über das unerhörte Verfahren des Ministers gegen ihn als Provinzial-Verwaltungschef, der sich allgemeinen Ansehens sowie der Verehrung und Liebe der ihm unterstellten Beamtenschaft erfreut, gab Löhring die Erklärung: „Ich bin bereit, in Pension zu gehen“, ohne Angabe von Gründen. Der Antrag wurde protokolliert und von Löhring unterschrieben.

Unter dem 24. März bekam Löhring ein Schreiben des Ministers, der bisher immer durch Kommissare mit ihm verhandelt hatte.

Die Pensionierung erfolgte dann auch intem 26. März. Diese Schilderung einer Pensionierung wirkt auf das höhere Beamtentum ein, wie es greller von keinem hohhaften Karrierefürsten geschildert werden könnte. So sieht es mit der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Beamten aus! Besonders anmutig ist, daß der Oberpräsident sich erst bei dem kommandierenden Generalen Rats erhebt und damit die gesellschaftliche Herrschaft des Offiziers aus über das bürgerliche Beamtentum konstatiert.

Nur weiter auf diesem Wege! Wir Sozialdemokraten haben keinen Anlaß traurig zu sein, wenn solche Fälle kasernenstaatlichen Mandarinentums beweisen, daß wir aus dem Feldzuge mit China auch noch andere Beute mit nach Hause gebracht haben als nur die astronomischen Instrumente. Dem Feldwebel selbst und auch seinen Söhnen stehen die höchsten Aemter offen, wenn er genug Protektion sich zu verschaffen weiß; die Tochter dagegen darf nicht „Gheheuse“ werden.

Aber es bleibt dabei: Ständevorrechte finden nicht statt! So steht klar auf weiß im Artikel vier der preussischen Verfassung, und deshalb muß es wahr sein.

Parteianordnungen.

Genosse Gabriel Büschel, der Alterspräsident des hiesigen Landtages, erklärt in der Frankfurter Tagespost, an der er seit 30 Jahren Redakteur ist, eine Erklärung an seine Wähler, in der er sein Verhalten in der hiesigen Wahlrechtsfrage rechtfertigt. Büschel antwortet in seiner Erklärung ausschließlich auf die Kritik, die Gen. B. an der bairischen Landtagsreform übt.

Gen. Büschel erklärt: Bebel habe zweierlei nicht genügend gewürdigt: 1) Daß die Staatsregierung wiederholt mit aller Bestimmtheit erklärt hat: Daß sie nur dann eine Gesetzesvorlage über eine Wahlrechtsreform einbringen werde, wenn die Parteien in der Kammer sich über die Grundzüge einer solchen Reform vorher geeinigt haben; 2) Daß es sich zur Zeit nur um eine Resolution, nicht aber um einen Gesetzentwurf handelte.

Es ergibt sich hieraus, daß die Forderung sich bezüglich ihrer Zustimmung zu der Resolution in einer 3. Lesung befinde. Um die Wahlrechtsreform in die Wege zu leiten, war es notwendig, die Regierung dahin zu bringen, daß sie überhaupt einen Gesetzentwurf in Vorlage bringe.

Kritiken der Faktion unter den gegebenen Verhältnissen zu der Uebersetzung gekommen war, daß die einzelnen Verbesserungen, wie namentlich das direkte Wahlrecht, die offensbaren Verleumdungen, die in der Resolution enthalten sind, überwiegen, hat sie es im Interesse der Partei für vorteilhafter gehalten, dafür zu stimmen, selbst wenn auch in dem zur Vorlage geschickten Gesetzentwurf nicht mehr zu erreichen sein sollte, als in der Resolution bereits zu erlangen ist.

Genosse Sauter, Redakteur unseres Dortmunder Parteiblattes, hat am Dienstag auf acht Monate das Staatsgefängnis in Münster beziehen müssen, um die Wuchstat zu üben, die er beantragt hat durch eine Verleumdung Dortmunds Richter. In eine Stelle ist in die Medaillon Genosse Dimmel-Gien eingetreten.

Reichstags-Kandidaturen. Die Parteigenossen des 10. sächsischen Reichstagswahlkreises wählten in ihrer Generalversammlung des bisherigen Vertreter des Kreises, Genossen Schupel, abermals einstimmig als Kandidaten für die nächste Wahl.

In einer Generalversammlung des Kreiswahlvereins für den Wahlkreis M. O. 10. a. d. b. wurde der Genosse C. Haberland-Barmen wieder als Reichstags-Kandidat aufgestellt.

Locales und Provinziales.

Salze a. S., 31. Juli.

Seite abend im Konzerthaus Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins.

Polizei und Kinderstau.

In die Wohnung unseres Parteigenossen Karl Brandt kam vor mehreren Tagen ein Herr, der seinen Namen zwar nicht nannte, der jedoch später als der Herr Fischer, Linden-

straße 54, ermittelt worden ist. Nach seinem Anliegen befragt, erklärte er, er sei von der Polizei gesucht, diejenigen Gütern zu beschlagnahmen, deren Käufer nicht genannt sei. Er führte eine Liste mit zahlreichen Namen bei sich. Brandt hat natürlich dem Herrn seinen Zweifel darüber geäußert, daß sich kein Weg zu ihm ein durchaus begünstigter sei und daß er sich in Zukunft den Besuch ersparen könne. Herr Fischer erwiderte, er habe nicht gewußt, daß Brandt diese Genehmigung habe, sonst wäre er überhaupt nicht gekommen, wie denn auch auf seinem Zettel der Name des Herrn Albrecht verzeichnet sei, zu dem er aber nicht geht, weil er seine Stellung verliere.

Zunächst veröffentlichten wir dieses kleine Vorkommnis, um dem weiteren unangenehm Kinder den Mut zu ertheilen, unter seinen Umständen in Abwesenheit ihrer Männer einem sie auflösenden Laufrennen irgend ein Berücken zu geben. Dann aber hat die Defensivität ein Interesse daran zu erfahren, was in aller Welt die Polizei sich darum zu kümmern hat, ob jemand seine Kinder taufen läßt oder nicht. Die Polizei wird nicht umhin können, zu der Behauptung Fischers, er sei von ihr beauftragt worden, Stellung zu nehmen.

Aus „journalistischem Laft“

hat die Salze a. S. ihren Leuten den Bericht über die Gerichtsverhandlung des Herrn Barrens Ghibone aus Lohde vorenthalten. In einer Briefkastentafel erklärte E. D. H. Herr. Selbstverständlich ist auch ein Bericht über die Gerichtsverhandlung und die Verurteilung des Herrn Barrens Ghibone aus Lohde. Wir wiederholen indessen, daß wir derartige Berichte gar nicht täglich in der Öffentlichkeit bringen aus dem Grunde, weil eine solche Handlungsweise unehrenhaft sich nicht vereinbaren läßt mit dem, was man journalistischen Laft nennt. Merkwürdig, recht merkwürdig, daß die Ghibone dann eine kleine Anmahnung von Anstandsgefühl bekommt, wenn es sich um einen freireichenden Diener der Gottesglaube handelt. Nicht die Müdigkeit auf den befristeten Redakteur diffundiert ihren journalistischen Laft sondern die Erkenntnis, daß der eigentliche Verantwortliche die Lohdeer Stütze von Thron und Altar war. Werden die Redakteure des Volksblattes bereit, dann jetzt die Verantwortung der Verurteilung aus das hoh Werk zu übernehmen, wie die sozialdemokratische Presse begt und beklumdet. Die e Handlungswiese läßt sich abdam mit ihrem journalistischen Laft recht gut vereinbaren.

Der Reid

über die Erfolge des Rabatvereins soll uns nach einem hiesigen Blatte zu der Veröffentlichung des Protokolls des Vorstandes benoten haben. Daß man so großen Ärger sähe, zeige deutlich, zu welcher Kleinlichkeit der Reid greifen muß. Die Befürworter und Mitglieder des Rabatvereins scheinen eine gar seltsame Auffassung über die Bedeutung ihres Vereins zu haben. Wenn wir ihm mehrere Betrachtungen widmeten und auch das vertrauliche Protokoll zum Abdruck brachten, so nur deshalb, um die Eignung dieser Gedruckten gegenüber der wirklichen Macht der Konjunktur zu nachzuweisen. Es ist Entsetzlich, daß gegenwärtig die Begünstigung für den Rabatverein entfällt. Aus der erklärlichen Besorgnis über den Niedergang des Geschäfts haben die Kleinbändler nach einem Mittel gesucht, um die Wirfungen des Genossenschaftswesens einigermaßen zu paralysieren. Man hat ihnen von Magdeburg her den Rabatverein empfohlen, sie haben zugewilligt und erwarten nun Wunderdinge von ihm. Dieser letzteren Auffassung treten wir entgegen; sonst läßt uns die Rabatvereinsliteratur ziemlich kalt. Die Geschäftsleute sehen jetzt 5 Prozent Rabat; warum haben sie diese früher ihren Kunden vorenthalten? Willst du beantragt ein Rabatvereiner einmal recht aufrichtig diese Frage. Thut er das, dann ist auch das Urteil über die Rabatvereine gesprochen.

Zum Berichtungsparagrafen.

Der Redakteur Dr. Walter Gebensleben von der Salze a. S. Zeitung war gestern von dem Schöffengericht wegen Uebertretung des Preßgesetzes angeklagt, weil er eine ihm von dem Privatsekretär Eckart am 28. April überbrachte Berichtung nicht vollständig aufgenommen hatte. Der Angeklagte war nicht erschienen und wurde durch den Rechtsanwalts Krieger vertreten. Eckart hatte die Zulassung als Nebenkläger nachgeholt, was aber abgelehnt wurde. Es handelt sich wieder um die schon einmal erwähnte Angelegenheit, betreffend den Schöffengerichtspräsidenten, wobei dem Kaufmann Widery in Giebichenstein wegen Stillschließens verurteilt. In dem am 24. April veröffentlichten Bericht der Salze a. S. Zeitung war gesagt worden, daß in der Verhandlung zur Sprache gekommen, Eckart sei das treibende Agens zu dem Verfassen wider Widery gewesen. Darauf teilte Eckart nicht etwa bestritten, es sei nicht zur Sprache gekommen, daß er das treibende Agens gewesen, sondern in seinem nicht persönlich an den Redakteur sondern an die Salze a. S. Zeitung gerichteten Schreiben sagte, die Annahme, daß er das treibende Agens in der Sache gewesen, sei unrichtig zc. Als Beweis hatte er seinen Schreiben eine Abschrift von einer Mitteilung des Staatsanwalts Dr. Kloß beigefügt, in der gesagt wurde, daß das Verfahren gegen Widery seinen Fortgang nehme. Dr. Gebensleben hatte die Berichtung aufgenommen, aber den Schlußsatz von der Mitteilung des Dr. Kloß weggelassen und an Stelle des vollen Namens Widery nur ein L. abgedruckt.

Der Verteidiger hält das Verlangen zur Aufnahme der Berichtung aus mehreren Gründen für ungerechtfertigt. Eckart habe keine Thatfachen berichtet, was nach § 11 des Preßgesetzes verlangt werde. Die Salze a. S. Zeitung habe nicht behauptet, daß es das treibende Agens in der Sache gewesen sei, sondern nur gesagt, daß dieses zur Sprache gekommen sei. Dieses ist richtig gewesen. Denn Dr. Kloß habe das zur Sprache gebracht. Ob es nun wirklich das treibende Agens gewesen ist, bleibt dahingestellt. Nach der E. S. H. Berichtung konnte man von einem Redakteur, der mittel, gegen diesen oder jenen ist eine Anzeige wegen Betrugs erstattet, verlangen, daß er dann eine Berichtung aufnehme, in der der Betreffende den Beweis erbringen will, wonach er sich nicht des Betrugs schuldig gemacht habe. Hätte Dr. G. das ganze Berichtungsschreiben aufgenommen, dann hätte der Giebener noch Entwidrigungsbefähigung zu bezahlen gehabt, da die Berichtung länger war als der erste Bericht. Der Angeklagte habe im guten Glauben gehandelt. Der Staatsanwalt, Rechtsanwalt Wiedemann, entgegnet, der Verteidiger habe Recht, wenn er sagt, die Berichtung habe nicht den präzisesten Bestimmungen entsprochen. Dr. Gebensleben habe ein Recht gehabt, die Kurialnote zu verweigern. Da er aber die Berichtung aufnahm, mußte er sie

